

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christian Görke, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Jorrit Bosch, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Mandy Eißing, Kathrin Gebel, Ates Gürpınar, Mareike Hermeier, Maren Kaminski, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Zada Salihović, David Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath und der Fraktion Die Linke

Krankenhausschließungen und medizinische Versorgung im ländlichen Raum in Brandenburg

Die stationäre medizinische Versorgung in Deutschland befindet sich seit Jahren in einem tiefgreifenden Strukturwandel. In den letzten 35 Jahren hat sich die Anzahl der Krankenhäuser um mehr als 20 Prozent verringert. Gleichzeitig ist die Anzahl privater Krankenhäuser gestiegen, so dass mittlerweile rund 40 Prozent der Krankenhäuser in privater Hand sind (vgl. Destatis, Grunddaten der Krankenhäuser 2024, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhauser/Publikationen/_publikationen-innen-grunddaten-krankenhaus.html).

Der Abbau der stationären Versorgung betrifft insbesondere kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum. Hier kommt es vermehrt zu Schließungen von Abteilungen oder ganzen Krankenhäusern, Standortzusammenlegungen und dem Abbau medizinischer Angebote. Diese Entwicklungen können erhebliche Auswirkungen auf die Erreichbarkeit von Gesundheitsleistungen, die Notfallversorgung sowie auf spezialisierte Versorgungsbereiche wie die Geburtshilfe und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen haben. Die Zahl der Kreißsäle hat sich in den letzten 35 Jahren halbiert. Während 1991 noch fast die Hälfte aller Krankenhäuser eine Geburtshilfe anboten, waren es 2023 weniger als ein Drittel (Schulz/Valentukeviciute: Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft. Wie Schließungen und Privatisierung die medizinische Versorgung verschlechtern und was wir dagegen tun können, S. 41, www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2025/10/lux_beitr_28_Krankenhausschliessungen_web.pdf).

In Ostdeutschland wurden vor allem in den Jahren nach 1990 Krankenhäuser geschlossen (Schulz/Valentukeviciute, a. a. O., S. 9), so auch in Brandenburg. Aktuell sind vor allem im Süden Brandenburgs Krankenhäuser von Schließung bedroht (www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2023/09/KARTE_dez2025_FINAL_151225-pdf.jpg).

Die sich aktuell in der Umsetzung befindliche Krankenhausreform hat weitere Zentralisierung und Spezialisierung zum Ziel und wird so weitere Krankenhaus-schließungen bewirken (www.deutschlandfunk.de/ministerin-war-ken-cdu-klinikschliessungen-trotz-anpassung-der-krankenhausreform-104.html).

Nach Ansicht der Fragestellenden steht die Bundesregierung jedoch in der Verantwortung, eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen und Ungleichheiten zwischen städtischem und ländlichem Raum nicht weiter zu verschärfen. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die zahlenmäßige Entwicklung von Krankenhausschließungen, die Erreichbarkeit stationärer Versorgung sowie die Versorgungslage im Bereich Geburtshilfe und Schwangerschaftsabbrüche in Brandenburg erfragt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Krankenhäuser in Brandenburg wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 10 Jahren geschlossen, zusammengelegt oder in ihrer Versorgungsstufe herabgestuft (bitte nach Jahren sowie den Kategorien „Landkreis“ und „kreisfreie Stadt“ aufschlüsseln und differenzieren nach Trägerschaft – privat, öffentlich, freigemeinnützig)?
2. Wie viele Krankenhausbetten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner standen in Brandenburg in den letzten 10 Jahren zur Verfügung, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Bundesdurchschnitt dar (bitte nach Jahren sowie den Kategorien „Landkreis“ und „kreisfreie Stadt“ aufschlüsseln)?
3. Wie viele der in Brandenburg erfolgten Krankenhausschließungen betrafen nach Kenntnis der Bundesregierung Standorte im ländlichen Raum, und wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang „ländlichen Raum“?
4. Wie viele Menschen in Brandenburg leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Regionen, in denen das nächstgelegene Krankenhaus eine Fahrzeit von mehr als 20 Minuten, 30 Minuten und 45 Minuten mit dem motorisierten Individualverkehr aufweist (bitte nach Landkreisen aufschlüsseln)?
5. Wie hat sich die durchschnittliche Fahrzeit zum nächstgelegenen Krankenhaus in Brandenburg seit 2015 entwickelt?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen von Krankenhausschließungen in Brandenburg auf die Notfallversorgung und Rettungsdienstzeiten vor?
7. Wurden in Orten und Landkreisen, wo Krankenhäuser geschlossen wurden (z. B. Kloster Lehnin) die Rettungsdienstkapazitäten dementsprechend aufgestockt?
8. Wie viele geburtshilfliche Abteilungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in Brandenburg seit 2010 geschlossen (bitte nach Jahren und Regionen sowie den Kategorien „Landkreis“ und „kreisfreie Stadt“ aufschlüsseln)?
9. Wie viele Landkreise und kreisfreie Städte in Brandenburg verfügen aktuell über keine geburtshilfliche Abteilung?
10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Erreichbarkeit der Geburtshilfe in Brandenburg vom Wohnort aus und deren Entwicklung?
11. Wie viele Kliniken in Brandenburg boten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2025 Schwangerschaftsabbrüche an, und wie stellt sich diese Zahl im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2020 dar?
12. Welche durchschnittlichen Wegstrecken bzw. Fahrzeiten müssen Frauen in Brandenburg nach Kenntnis der Bundesregierung für einen Schwangerschaftsabbruch zurücklegen (bitte regionale Unterschiede darstellen)?

13. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu regionalen Versorgungsengpässen im Bereich Schwangerschaftsabbrüche in Brandenburg vor?
14. Welche Rolle spielen wirtschaftliche Gründe, Personalmangel oder Vorgaben der Krankenhausplanung nach Kenntnis der Bundesregierung als Ursache von Krankenhausschließungen in Brandenburg?
15. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung durch die geplante Krankenhausreform konkret für die stationäre Versorgung im ländlichen Raum in Brandenburg?
16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Stand der Zuteilung von Leistungsgruppen an die Krankenhausträger in Brandenburg und die Folgen der Zuteilung für die Anzahl von Krankenhaussstandorten?
17. Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, um eine flächendeckende stationäre Versorgung sowie den Zugang zu Geburtshilfe und Schwangerschaftsabbrüchen in Brandenburg dauerhaft sicherzustellen?
18. Welche Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds wurden in den Jahren 2016 bis 2025 für Vorhaben in Brandenburg bewilligt (bitte aufschlüsseln nach geförderten Vorhaben, Fördertatbeständen, Antragstellenden, Zeitraum, Höhe der Mittel, Ergebnis)?
19. Wie viele Fachkliniken gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Brandenburg aktuell, welche medizinischen Leistungen bieten sie jeweils an und in welcher Trägerschaft (öffentlich, freigemeinnützig oder privat) sind sie jeweils?

Berlin, den 31. März 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.